

nische Journalen, darunter sämtliche sächsische SPD-Blätter, wurden verboten. Verhaftungen und Klassenurteile folgten einander. Anzeiger und Nachrichten, Freiheitskampf und Volkszeitung mahnten, die Kerker zu behalten...

Und wo stehen wir jetzt? Die wirtschaftliche Lage schildert das Berliner Tageblatt vom 7. August:

Die Stützung der Dresdner Bank, die mit den Rücksichten auf die Genossenschaftskonten dieses Instituts motiviert wird, und die Stützung der Danabank, die nicht etwa den Einleger zugute kommt, das sind die letzte Rechtskonventionen...

Und die Deutsche Allgemeine Zeitung: ... nicht eine einzige der Ursachen der Panik und Krise ist endgültig beseitigt oder ausgeschaltet worden...

Die Arbeitslosigkeit: Nach dem offiziellen Bericht ist die Zahl der Erwerbslosen in Sachsen von 207.208 auf 306.487, also um ganze 711 gefallen. Im Reich ist die Zahl um 20.000 auf 3.976.000 gestiegen.

Das Defizit in der Staatskasse wächst und beträgt 1,8 im jährlichen Staatshaushalt rechnungsmäßig 13,8 Millionen und fallmäßig 18,2 Millionen.

Die Lage der Gemeinden wird jetzt in einer Vorhandlung des deutschen Städtebundes behandelt und wird besprochen heute an anderer Stelle des Blattes, wie da die Lage eingehend wird und welche Maßnahmen man zu ergreifen beabsichtigt. In der gleichen Linie läuft 1. B. die Erklärung des Oberbürgermeisters Jarres von Duisburg...

... er vertraut darauf, daß die staatliche Polizei sich durchsetzen werde, wenn einmal die Stunde komme — und diese Stunde lehrt er mit Gemisheit voraus — da „der Untergrund der aufstehenden Massen“ sich gegen die Staatsgewalt auflehnen werde. Jarres fuhr fort: Es geht nicht mehr anders, den Gemeinden müßten die Erwerbslosenstellen die sie ursprünglich noch länger tragen könnten, alsbald abgenommen werden. Duisburg könne nur noch eine Woche lang Unterstützungen an die Wohlfahrtsverbände zahlen, und man wisse nicht, ob das Drittel der Beamtengehälter für August noch geleistet werden könne. Ganze Städte müßten erklären sich außerstande, noch irgendwelche Steuern aufzubringen. Wenn man aber Hunderttausende von Menschen nicht mehr speisen könne, dann werde einer solchen Situation gegenüber leicht die Polizei machtlos sein auch aus menschlichen Gründen.

Die Vone ist also klar. Und ebenso eindeutig sind die Pläne und Maßnahmen der Bourgeoisie. Ihre Lösung ist: Fortsetzung und Verschärfung der Massenauflösung. In den Vorbereitungen des neuen ungeheuerlichen Sozialabbaus, der auf der Vorhandlung des Städtebundes besprochen wird und den auch Jarres ankündigt, kommt eine neue Lohnabwärtsbewegung. Bei den 15.000 sächsischen Textilarbeitern, deren Lohn bereits im April um 6 Prozent gesenkt wurde, soll zum 31. August ein neuer Lohnabbau vorgenommen werden. Den Leipziger Strassenbahnern wurde jetzt unter dem Deckmantel der „Arbeitsvermittlung“ etwa 17 Prozent des Lohnes gekürzt. Der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden hat die Gemeindegeldbeschränkung zum 30. September mit dem Ziel einer erheblichen Senkung gekündigt. Und so geht es jetzt auf der ganzen Linie gegen die Betriebsarbeiter, Erwerbslosen, Beamten und Angestellten. Und ebenso gegen die Mittelständler in Stadt und Land.

Die Preise steigen. Schon von Mai bis Juni ist der amtliche Dresdner Lebenshaltungsindeks von 135 auf 135,4 und dabei die Ernährungskosten allein von 127,5 auf 128,8 gestiegen. Jetzt erhöht sich der Butterpreis um 5 Pfennig und das Fleisch wird teurer. Der reale Wert des Lohnes und des Gehaltes, der Unterstützung und der Rente, fällt. Der Hunger geht durchs ganze Land.

Nach immer war die letzte Weisheit der Kapitalistenklasse die Gewalt, der Verlust, die Hungernden durch Terror zu unterdrücken. Je weniger grüne Bohnen es für die Massen gibt, desto mehr gibt es blaue Bohnen. Dann greift die bürgerlich-sozialdemokratisch-nationalistische Presse jede Maßnahme und jedes verschärfte Vorgehen gegen die revolutionäre Bewegung.

Die derzeitige Sippenkette ist die Schließung des Karl-Liebknecht-Hauses, des Parteigebäudes der SPD in Berlin, bis zum 20. August. Das ist nicht so eine der üblichen Aktionen. Das ist vielmehr ein neuer Schritt, eine neue Steigerung des sächsischen Antriebs. Ein Anschlag, der sich gegen die ganze arbeitende Bevölkerung Deutschlands richtet. Schon die Teilweise und gänzliche Verbot der kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen Stimmung gemacht. Die Sperre des Zentralgebäudes der SPD drückt das Fortschreiten der Durchführung der sächsischen Diktatur in Deutschland aus.

Die Bourgeoisie weiß natürlich, daß sie mit Gewalt allein die Massen nicht fesseln kann. Sie verbindet deshalb ihren Terror mit der Tätigkeit ihrer Agenten im Lager des Volkes. Am gegenwärtigen Zeitabschnitt führt sich die deutsche Bourgeoisie in erster Linie auf die SPD und dann auf die KPD.

Die SPD, die vor dem 14. September 1930 demagogisch erklärte, sie kämpfe gegen die Brüning-Regierung, seufzt ihr den Latendienst in der Isolierung Deutschlands, geht mit ihr durch die u. ä. Die SPD häuft Volkswerrat über Volkswerrat. Deutlich sieht man ihre sozialfaschistische Entwicklung. Keine Rotverordnungen Brüning, keine Aktion gegen die Werktätigen, ohne daß die SPD und im besonderen die Seering-Regierung, sie angeregt oder geduldet hätte. Das ist ein bedeutendes Moment der letzten Wochen, und hinzukommt, ebenso bedeutsam, die schamlose Selbstenttarnung der „linken“ SPD-Führer. Sie, die auf dem Leipziger SPD-Parteitag noch heuchlerisch das Seering-Kabinett geißelten, schwören jetzt auf die Seering-Regierung und behen niederknietend gegen die revolutionäre Arbeiterklasse und die KPD. Charakteristisch ist auch die bis zu wenig beachtete Selbstdemaskierung der SPD-Führer...

# Großer roter Erfolg beim Volksentscheid

## Eingekändnisse sogar bürgerlicher Blätter

Der rote Volksentscheid ist ein großer Erfolg der kommunistischen Partei geworden. Ueber die Bewertung des Volksentscheids machte Genosse Selbmann, der Führer der SPD Sachsens, in der letzten Sitzung der engeren Bezirksleitung folgende Ausführungen:

Der rote Volksentscheid war eine gewaltige Massenmobilisierung gegen das Brüning-Seering-Regime. Sie vollzog sich unter Führung der KPD. Nehmen wir — abgesehen von zahlenmäßigen Ergebnissen — ein Beispiel an die Zahlen allein. Man muß annehmen von den Zahlen des Volksentscheids, das rund 6 Millionen Stimmen ergab. Der Volksentscheid ergab rund 9,8 Millionen Stimmen. Diese 9,8 Millionen Stimmen umfassen die rund 3 Millionen Stimmen, die die KPD am 14. September 1930 in Preußen erhielt. Das noch übrigbleibende Recht von 6,8 Millionen Stimmen kommt zum größten Teil gleichfalls auf Rechnung der KPD.

Die Stimmen der Rechtsparteien können beim Volksentscheid nicht mehr wesentlich zugenommen haben; die Tatsache, daß der Stahlhelm vor dem Volksentscheid mit Braun eine Vereinbarung über das Vorgehen des Volksentscheids treffen wollte, daß Hugenberg eine Abweisung erließ, kein Geld für den Volksentscheid auszugeben, daß in der Volkspartei sich Dingenen für und gegen den Volksentscheid ausgesprochen, daß bürgerliche Anhänger der Rechtsparteien sich wegen der Aktion der KPD nicht beteiligten — aus all dem geht hervor, daß das Mehr der 800.000 Stimmen fast durchweg einem Zuwachs für die KPD darstellt.

Was das Wahlergebnis betrifft, so ist zu berücksichtigen: 1. die Zeit, die die Partei für die Massenmobilisierung hatte, was kurz, sie genötigt kam, um die Kandidaten und Mitglieder einzustellen; 2. die kurze Zeit, die die Partei für die allgemeine Propaganda in der weitläufigen Distanz hatte; 3. der unangelegentlich Terror, die Verbote der SPD-Pressen in Leipzig, in Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet, in Berlin usw., die Verbote der Demonstrationen, ja sogar von Plakaten; 4. bei manchen unverschiedenen Anhängern zeigte sich ein Unverständnis.

Erfolgreich für die Bewertung der Volksentscheidaktion ist ihre politische Bedeutung und Wirkung. 1. brachte sie eine Zuspitzung der Klassengegensätze und eine Verschärfung des proletarischen Kampfes; 2. verdeutlichte sie, daß die Stahlhelmer und Nazis durch demagogische Phrasen und lächerlichen Kampf gegen Brüning-Seering unter den Massen Anhänger gewinnen konnten. Sie erklärte die Führer des Stahlhelms als Anhänger des Brüning-Seering-Kurses; 3. stellte die Volksentscheidaktion vor den sozialdemokratischen Arbeitern klar die Frage des „kleineren Übels“. Sie bedeutete die Einleitung eines neuen Kampfes gegen die SPD, die die Hauptstütze der Brüning-Diktatur ist. Sie entlarvte die „linken“ SPD-Führer, die voll und ganz für Brüning und Seering eintraten; 4. brachte sie eine völlige Demaskierung der „Demokratie“; 5. brachte die rote Volksentscheidaktion eine Verschärfung unseres Einsatzes auf neue Schichten; 6. haben die Massen auf Grund ihrer Erfahrungen gelernt, den

Angriff auf beide Flügel der Bourgeoisie unter Ausnutzung ihrer Gegensätze zu führen.

Der rote Volksentscheid ist ein neuer Ausgangspunkt der großen Volksaktion gegen das sächsische System Brüning-Seering.

Sogar bürgerliche Blätter müssen ein Stück des Wahrsinns über den KPD-Erfolg beim Volksentscheid eingestehen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Wenn die Parteien von den Nationalsozialisten die Dingenen zur Verschleierung der Tatsache, daß der Volksentscheid eine Niederlage ihrer eigenen Politik bedeutet, bezwecken, daß die Abstimmungsfiguren keinen Schluß auf den Verlauf der 30-Stimmen auf die einzelnen Gruppen zulassen und daß die Anhänger Selbmanns der Parteipresse in der Hauptsache nicht gefolgt seien, so wird das durch eine Reihe von Wahlergebnissen auch aus dem Wahlkreis Helfen-Kölln widerlegt.

Hochburgen der Rechtsoppositionellen haben am 9. August nicht abgelehnt. So wurden aus dem Rhelgaukreis, in dem die nationalsozialistische Agitation geradezu gigantische Formen angenommen hatte, 17 n. S. und aus Rasselband, wo fast in jedem Dorf Versammlungen stattgefunden hatten, 28 n. S. 8. Stimmen gemeldet. Nur die Stadt Marburg brachte 10 n. S. und der ländliche Kreis Marburg gar 31 n. S. Zum Vergleich dazu aber auch der starkkommunistische Distrikt mit 34 n. S. und die Stadt Hainau, wo die Kommunisten ebenfalls hart vertrieben sind, mit 18 n. S. genannt wurden.

Zu ähnlichen Ergebnissen führt auch ein Vergleich der Wahlkreisergebnisse in Frankfurt am Main, wo sich ein weiterer Rückgang der nationalsozialistischen Mittelklasse vom 14. September 1930 genau feststellen läßt.

Ohne die Kommunisten wäre in Berlin nicht das Vertrauen zu erreichen gewesen wie bei dem Volksentscheid im April. Ohne ihre Hilfe wären die Ergebnisse in neuen Bezirken Mitteldeutschlands undenkbar gewesen. Die bürgerlich-rechtlichen Hochburgen über das Märchen von dem „Streit“ der kommunistischen Wähler, daß uns jetzt aus jeder durchschnittlichen Wählergruppe wird, läßt sich noch leichter und überzeugender widerlegen in den vier Wahlkreisen Potsdam 2, Süd-Hannover, Helfen-Kölln und Rasselband.

Das Berliner Tageblatt muß ebenfalls aus Thüringen berichten:

Die Annahme, daß die kommunistischen Wähler der Volksentscheidspartei nicht gefolgt seien, trifft bei dem Wahlkreis Erfurt nicht zu. Denn in diesem thüringischen Bezirk wurde festgestellt, daß die Kommunisten ihre Anhänger bis zum letzten Mann zur Urne gebracht haben. Nur mit dem ersten Einzug der Hochburgen war es möglich, daß zum Beispiel in einer ihrer Hochburgen, der Wassenstadt Suhl, 30 Prozent der Wahlberechtigten für den Volksentscheid stimmten.

## Wie sie berichten!

Die bürgerlichen Blätter veröffentlichten über die Erziehung der zwei Volksentscheide bei den Zusammenkünften in Berlin folgende Berichte:

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: „Die Instruktionen von der Polizei durch Vernehmung mehrerer Beamten die Fragen des Verweigerers waren, festgestellt wurde, ist der Schärfe den drei Beamten von vorn entzogen. Der Widerweigerer keine Pistole aus etwa 5 Schritten Entfernung ab.“

Das Tempo gibt folgende Schilderung: „Die beiden Volksentscheide waren nicht etwa im Begriff, gegen die Demonstrationen vorzugehen, um den Kulompfen zu räumen, sondern sie besaßen sich auf einem einfachen Streifen. Dabei wurden sie von 10 bis 15 Metern erschossen.“

Der Abend-Berichts stellt die dritte Version mit: „Es handelt sich um zwei oder drei Männer, die sich aus einer Gruppe von 20 bis 30 Personen in der Nähe des Reichsrechtshofes lösten und auf der Benetton hinter rückwärts lossetzten.“

Die „Widerung“ der Pressezensurbehörde wird von der Dresdner Volkszeitung geprüfelt. Dabei behauptet die ganze „Widerung“ darin, daß fünfzig eine ständige Zentralleitung bei der Handhabung des Berufsverbotensmanges vorgeschrieben wird. Danach sollen die Regierungsbefehle „nur im Einverständnis mit dem Reichsinnenminister“ aufgegeben werden. Bei der heiligen und praktischen Übereinstimmung zwischen Landesorganen...

ter rechter und linker Garnitur in Sachsen in ihrer letzten Stellungnahme zur Schieds-Regierung, der sächsische Brüning. Noch vor kurzem erklärte der „linke“ Böckel-Chemin im „Klassenkampf“: „Wir unterstützen die reaktionäre Schieds-Regierung nicht.“ Jetzt, bei Landtagswahl, stimmte die rechte und „linke“ SPD-Führer Sachsens für den Schieds-Etat und für die Schieds-Diktatur. Unso schneller stoßen jetzt die sozialdemokratischen Arbeiter, über die Art und System hinweg zur totalen Front zur KPD, nachdem die rote Volksentscheidaktion die Fragen des Charakters der Brüning- und Schieds-Regierung, der „Demokratie“ in Deutschland, der Politik der „linken“ SPD-Schwinder klar auf die Tagesordnung gestellt hat.

Die Rolle der NSDAP, als Brüning-Agentur, liegt ebenso klar zu Tage. Die Erklärungen Hitlers über die Bezahlung der privaten Auslandsschulden, seine Preisgabe der sächsischen Volksmassen, seine Hege gegen Räteregime enthalten ihn als den Sachverwalter des in- und ausländischen Kapitals. Die Zerlegung der NSDAP nimmt, durch die rote Volksentscheidaktion der KPD beichleunigt ihren Fortgang.

Können all die Rotverordnungen, Diktate und Verbote, all die Demagogien, Verleumdungen und Hezereien der SPD und KPD-Partei der Bourgeoisie helfen? Wir glauben es nicht. Der Strom der Massenbewegung fließt immer breiter und wichtiger weiter. Täglich erfolgen Uebertritte aus der SPD und NSDAP.

Immer mehr sammeln sich die Massen um die KPD. Die rote Volksentscheidaktion hat trotz der Kürze der Zeit, trotz der Behinderung der Agitation, durch Verbote der Presse, der Demonstrationen usw., der KPD einen großen Erfolg gebracht und eine Niederlage bei den bürgerlichen Führern der Bourgeoisie. Der rote Volksentscheid ist aber erst im Anfang, ein neuer Ausgangspunkt für die große Volksbewegung gegen das sächsische Brüning-Schieds-Seering-Regime.

tungen und Reichspräsidenten insbesondere im Kampf gegen die kommunistische Presse wird jeder Arbeiter bestraft, welche „Widerung“ eintrifft. Selbst bürgerliche Blätter werden schärf gegen die Kulturverbote des Volksentscheids, das zum Beispiel angebliche „Widerung“ nur unterstreichen wird. Dafür wird die SPD-Pressen jede sächsische Maßnahme des Staatsapparates als das „kleinere Übel“ betrachtet. Wir wollen, daß auch die SPD-Arbeiter eine Verbindung mit uns finden bei der Herstellung dieser neuen „Widerung“ der Professionscorporation Brüning.

## Note-Silbe-Zug in Dresden verboten!

Wie wir bei Redaktionschluss erfahren: hat das Dresdner Polizeipräsidium sämtliche für Sonntag, den 14. August geplante Demonstrationen der Roten Hilfe unter freiem Himmel als auch in geschlossenen Räumen verboten!

Das Unterseeboot „Nautilus“, erlitt gestern bei nach seiner Abfahrt eine neue Panne, welche die Mannschaft während der Nacht zu beheben verbot. Da der „Nautilus“ seinen gewöhnlichen Anker hat, so treibt er wenige Meilen vor Tromsø empor auf offenem Meer. Man vermutet, daß es sich um einen Meißner-Schiff handelt.

Die gegenwärtige Situation stellt die Kommunisten vor große Aufgaben. Vorau ist es jetzt in der Linie der Entfaltung der Einheitsfrontaktion von unten, in der Linie der Eroberung der Mehrheit der Arbeiter und der Gewinnung der Volksmassen, antwortet, ist insbesondere jetzt die Aufgabe zu beachten, die in der letzten Sitzung der engeren Bezirksleitung Sachsen speziell behandelt und unterstrichen wurden:

1. Verlegung des Schwergewichtes auf die Betriebe. Die Betriebe, besonders die Großbetriebe, zu roten Hochburgen machen.
2. Systematische, überlegte, revolutionäre Arbeit der Opposition in den reformistischen Gewerkschaften.
3. Schaffung einer breiten, ununterbrochen in Existenz tretenden Erwerbslosenbewegung.
4. Freie Werbung für KPD, KSD und die andere revolutionären Massenorganisationen und besonders für die „Arbeiterstimme“ und das „Sächsische Volksblatt“.

Die weitere objektive Entwicklung bringt eine fortschreitende Radikalisierung der Massen. Es geht darum, ihr in revolutionärem Sinne Inhalt und Richtung zu geben und sie organisatorisch zu erfassen. Konkret heißt es jetzt: in den Betrieben, Stempelstellen, Büros über die Lage und die neuen Ausplünderungspläne (Lohn- und Sozialabbau, Steuerabzug usw.) zu diskutieren, in Reichslagen der Meinung und dem Willen der Arbeitenden Ausdruck zu geben und insbesondere Streiks gegen jeden Vorkriegs- und sofort vorzubereiten, an diese wirtschaftlichen Forderungen die politischen zu knüpfen; als erstes — in Betrieben, morgen und in den nächsten Tagen — in Betrieben, Stempelstellenversammlungen die sofortige Aufhebung der Sperre des Reichsrechtshofes zu fordern. Dort mit dem Brüning-Schieds-Seering-Regime!